

SPD Landesverband Berlin

Fachausschuss X Natur, Energie und Umweltschutz

Fachausschuss XI Mobilität

Gemeinsamer Beschluss der Fachausschüsse Mobilität und Umwelt vom 13.11.2013 zu den Prinzipien sozialdemokratischer Mobilitäts- und Umweltpolitik im Bund

Wir fordern den Landesvorstand der Berliner SPD, die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, den Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, folgende Prinzipien bei allen weiteren Verhandlungen im Bund, in der VMK, im Bundestag und ggf. in der Bundesregierung zu berücksichtigen:

1. Alle Schienenbahnen müssen künftig beim Strompreis von der EEG-Umlage entlastet bleiben. Es wäre vollkommen widersinnig, die Bedingungen für das umweltfreundlichste Verkehrsmittel und dessen NutzerInnen zu verschlechtern. Die Folge wären zusätzliche Preissteigerungen von ca. 3 % – und damit verbundene Fahrgastverluste und Verlagerungen von Güterverkehren auf Dieseltraktionen und die Straße. Die zu erwartenden Abwanderungen an den Pkw oder das Flugzeug sind u. a. klimapolitisch nicht zu verantworten. Wer sich heute und in Zukunft klima- und umweltpolitisch vorbildlich verhält, würde bestraft.
2. Mehr finanzielle Mittel für den umweltfreundlichen Öffentlichen Personennahverkehr! Unverzüglich ist die Ausstattung der Kommunen mit Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des für Verkehr vorgesehenen Anteils der Entflechtungsmittel zu verbessern. Entgegen der bisherigen Zusagen für den Straßenbau in Milliardenhöhe, ist bislang keine (!) Aufstockung der Mittel für den kommunalen ÖPNV im Gespräch. Die existierende Finanzierungslücke würde damit zementiert und der Zerfall der kommunalen ÖPNV-Infrastruktur fortgesetzt werden. Die Mittel für GVFG und EntflechtG sind daher um 30 % anzuheben. Damit diese Mittel zukünftig dem ÖPNV (und nicht dem kommunalen Straßenbau) zur Verfügung stehen, ist in einer bundesgesetzlichen Regelung die Verwendung „zu mindestens 50 % für den ÖPNV“ zur Bedingung zu machen.

Begründung

Die Zwischenergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU lassen befürchten, dass im Falle der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung eine Mobilitätspolitik betrieben wird, die insbesondere unter klima- und umweltpolitischen Gesichtspunkten als weitgehend kontraproduktiv und rückwärtsgerichtet eingeschätzt werden muss.

Sozialdemokratische Mobilitätspolitik beachtet sowohl klimapolitische Rahmenbedingungen als auch Standards der Lebensqualität der Menschen vor Ort. Sie sichert dabei die Mobilität von Menschen, die ohne eigene Motorisierung mobil sein wollen und/oder müssen. Eine Mobilitätspolitik, die einseitig den Straßenverkehr bevorteilt, schien überwunden und gehört historisch in die Jahre zwischen 1950 und 1990.

Die sich jetzt abzeichnende Besserstellung des Straßenverkehrs wird mit dem Argument der zerfallenden Infrastruktur verbrämt. Infrastruktur ist aber nicht nur Straße und Autobahn.

Eine klima- und umweltpolitische Mobilitätspolitik berücksichtigt zuerst die Infrastruktur der Schiene in Form von Eisen- und Straßenbahn, den Bus-, Wasser- und Fahrradverkehre sowie Fußwege. Dies wird in der gegenwärtigen – einseitig auf Straßeninfrastruktur zugespitzten - Diskussion vergessen, bzw. von einflussreichen Interessengruppen verschleiert. Durch zusätzliche Finanzmittel für die Straßen ohne gleichgewichtige Berücksichtigung des ÖPNV verschieben sich die Verhältnisse in eine völlig falsche Richtung.

Sozialdemokratische Infrastrukturpolitik muss zuerst und in größerem Maßstab den Schienenverkehr und den ÖPNV fördern, um eine Energiewende durch eine Mobilitätswende flankieren zu können. In diesen Kontext gehört auch die im nächsten Jahr anstehende Verhandlung zur Revision der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV bzw. den Schienenpersonennahverkehr. Diese Diskussion, abgekoppelt von Entscheidungen für den Straßenbau und alleine unter fiskalischen Verteilungskämpfen zwischen Bund und Ländern zu führen, wäre fatal. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen auch hierzu frühzeitig eine mobilitäts- und umweltpolitisch gestalterische Komponente in die Diskussion einführen. Dazu wird eine maßvolle Erhöhung der den Ländern zur Verfügung gestellten Mittel erforderlich sein.